

# Die Wirtschaftskammer und die FDP

## Wie Christoph Buser mit den jüngsten Problemen umgeht

### «Ich halte mich in der Partei sehr zurück»

Vor rund drei Wochen kassierte die Wirtschaftskammer Baselland an der Urne eine ziemliche Schlappe. Direktor und FDP-Landrat Christoph Buser sieht selbst im Volksverdikt gegen die Energieabgabe kein Misstrauensvotum gegen den mächtigen Verband und seine Person.



Christoph Buser: «Flügelkämpfe gibt es auch in anderen Parteien.»

VON HANS-MARTIN JERMANN

**D**ie Nachwehen der Abstimmung über die Energieabgabe sind noch nicht verebbt. Zu viel Geschirr wurde zer schlagen. Einerseits stellte sich die Handelskammer beider Basel gegen die Wirtschaftskammer Baselland - andererseits kam es innerhalb der FDP zu einer Zerreissprobe. Mittendrin: Wirtschaftskammer-Direktor und FDP-Landrat Christoph Buser, der das alles ganz normal findet.

**Herr Buser, es sind nun knapp drei Wochen her seit dem denkwürdigen Abstimmungssonntag vom 27. November. Wie lautet mit etwas zeitlicher Distanz Ihr Fazit?**

**Christoph Buser:** Aus Sicht der Wirtschaftskammer war der 27. November kein schlechter Sonntag - auch wenn darüber anders berichtet wird. Wir haben mit dem Energiegesetz und dem Nicht-Rückbau der Rheinstrasse wichtige Ziele erreicht. Leider hat am Schluss das i-Tüpfelchen gefehlt - im energiepolitischen Bereich ein Ja zur Energieabgabe und bei der Rheinstrasse zur Initiative. Die Depo nien-Abstimmung war ausser für den Baumeisterverband verbandspolitisch keine sehr wichtige Frage.

**Sie sehen die Ergebnisse also nicht als Misstrauensvotum an die Wirtschaftskammer?**

So ist es: Ich sehe das ganz anders als die bz. Die Wirtschaftskammer vertritt 10 000 Mitglieder und ist ihnen verpflichtet. An ihren Bedürfnissen richten wir unsere Aktivitäten aus - nicht daran, ob wir mit unserer Position jede Abstimmung gewinnen. Die Wirtschaftskammer steht mit ihren Positionen oft auf der Seite der Gewinner, manchmal auch auf der

Seite der Verlierer. Das ist für den Verband kein Problem.

**Tatsache ist doch, dass die Wirtschaftskammer am 27. November ihre legendäre Breitenwirkung nicht mehr entfalten konnte.**

Das sagen Sie. Tatsache ist: Ohne Rheinstrassen-Initiative hätte Rot-Grün viel stärker den - nun gutgeheissenen - Gegenvorschlag unter Beschuss genommen. Die Gefahr bestand real, dass die Rheinstrasse zurückgebaut wird. Das ist nun vom Tisch. Die Initiative stehen zu lassen, war darum taktisch richtig. Ein ähnliches Fazit ziehe ich bei der Energieabgabe: Unser Hauptziel war es, ein neues Energiegesetz auf die Beine zu stellen. Die Energieabgabe entsprach nicht einem Wunsch der Wirtschaftskammer. Sie war Teil unseres Entgegenkommens. Unschön ist das Resultat eher für die rot-grüne Seite. Zugunsten der Wirtschaft ist sie beim Energiegesetz einige Kompromisse eingegangen und hat nun ihr eigentliches Ziel, die Einführung einer Energieabgabe, nicht erreicht.

**War es ein Fehler, die Energieabgabe - wie von Regierungsrätin Sabine Pegoraro postuliert - losgelöst vom Gesetz zu behandeln? So kam die Abgabe eben nicht als Teil eines grossen energiepolitischen Kompromisses daher, sondern isoliert als neue Steuer.**

Ja, ich bin dezidiert dieser Meinung und habe dies bereits vor der Abstimmung gesagt. Die Gegner der Energieabgabe konnten dogmatisch argumentieren: «Keine neue Steuer». Die Wirkung der Abgabe wurde in diesem Umfeld kaum noch thematisiert.

**Lässt sich aus der gescheiterten Energieabgabe das Fazit ziehen, dass künftig keine grossen Kompromisse zwischen Bürgerlichen und dem rot-**

**«Ich habe gelernt, dass eine Politik der Retourkutschen langfristig nicht zielführend ist.»**

**grünen Lager mehr zu schliessen seien?**

Nein. Das ist die falsche Schlussfolgerung. Wir müssen von Fall zu Fall entscheiden, ob ein grosser Kompromiss über die Lager hinweg anzustreben ist.

**Schauen wir nach vorne: Das Baselbiet hat wie erwähnt ein neues Energiegesetz, aber nach dem Nein am 27. November keine Finanzierung der Massnahmen. Was halten Sie von der Idee von FDP-Fraktionschef Rolf Richterich, anstelle der Energieabgabe ein Modell des Energieförder-Sparens einzuführen?**

Diese Idee ist nicht umsetzbar. Das Modell ist bundesrechtswidrig. Der kantonale Steuerverwalter Peter Nefzger hat dies jüngst öffentlich klaggestellt. Letztlich basiert die Idee auf dem Bausparmodell von Hans Rudolf Gysin, meinem Vorgänger als Wirtschaftskammerdirektor. Es verstösst gegen das Steuerharmonisierungsgesetz.

**Was ist dann zu tun?**

Wir müssen über die Anpassung der energiepolitischen Ziele diskutieren. Die Baselbieter Stimmbevölkerung hat 2010 entschieden, dass im Kanton bis 2030 40 Prozent der verbrauchten Energie - ohne Mobilität - aus erneuerbaren Quellen stammen sollen. Das ist sehr ambitioniert. Alle Massnahmen, die nun noch erarbeitet werden, kommen zu spät, um dieses Ziel zu erreichen. Ich lasse mich aber gerne eines Besseren belehren, wenn jemand eine neue Idee hat. Anfang Jahr lädt ja die zuständige Baudirektorin Sabine Pegoraro zu einem Runden Tisch ein. Dann sehen wir weiter.

**Aber der erwähnte Volksentscheid lässt sich nicht einfach umstossen.**

Nein, es bräuchte tatsächlich eine erneute Volksabstimmung. Das Nein vom

27. November lässt sich durchaus auch dahingehend deuten, dass das Volk sechs Jahre nach seinem Entscheid von 2010 die energiepolitischen Ziele nach unten korrigieren möchte.

**Wir waren bass erstaunt, als der Baseliener SVP-Chef Oskar Kämpfer am Abstimmungssonntag die Idee lanciert hat, den laufenden Verpflichtungskredit des Kantons zur Finanzierung des Gebäudesanierungsprogramms weiterzuführen.**

Auch ich sehe zurzeit nicht, wie der Kanton in der derzeitigen Finanzlage einen Verpflichtungskredit von jährlich immerhin rund 10 Millionen Franken sprechen kann, ohne dass das Eigenkapital unter die Grenze von 100 Millionen fällt und deswegen die Steuern erhöht werden müssen.

**Die SVP hat bei der Energieabgabe als einzige grosse Partei ein Nein vertreten. Besteht ein Learning aus der Abstimmung darin, dass es sich für die FDP nicht lohnt, gegen die SVP anzutreten?**

Die FDP ist eine eigenständige Partei mit eigenständigen Positionen und einer eigenständigen Kultur. Es wäre nicht klug, wenn wir uns nach der SVP ausrichten würden. In vielen Punkten stimmen die Positionen von FDP und SVP überein, in anderen nicht. Das ist auch gut so. Persönlich unterstütze ich den bisherigen Kurs der FDP, der in der Energiepolitik mehr Ökologie einbringen will - aber das muss immer sehr wirtschaftsverträglich geschehen.

**Das Nein zur Energieabgabe ist auch Flügelkämpfen in der FDP geschuldet. Sie sind Parteileitungsmittglied der FDP. Was muss sich nun in der Partei ändern?**

Es war unschön, dass im Abstimmungskampf freisinnige Exponenten öffentlich



# Mieterverband wirft Kanton Fehler vor

**Mülhauserstrasse 26** Bei den Kündigungen der Mieter soll die Basler Pensionskasse eine Partei vergessen haben - damit starte alles wieder bei null.

VON DANIEL BALLMER

Gibt es für die vorwiegend älteren Mieter an der Mülhauserstrasse 26 im St. Johann-Quartier doch noch Hoffnung? Ihnen allen ist vom Kanton, der die Wohnungen verwaltet, wegen geplanter Sanierungen gekündigt worden - ihnen allen, bis auf eine einzige Partei. Diese sei von der Pensionskasse Basel-Stadt während neun Monaten schlicht vergessen worden, betont der Basler Mieterverband, der die Anwohner unterstützt. In einer gestern verschickten Mitteilung schreibt er von einem «Schnitzer» und einem «dilettantischen Fehler», der den Mietern neue Hoffnung bringe. Die auf Herbst 2017 geplante Leerkündigung dürfte damit geplatzt sein.

Selbst die Basler Regierung hatte sich in die Angelegenheit eingeschaltet. Mitte November hatte sie die Kündigungen als «leider unumgänglich» bezeichnet. Das zuständige Finanzdepartement sieht keine Alternative. Schon oft habe die Pensionskasse Basel-Stadt zusammen mit Immobilien Basel-Stadt Sanierungen in bewohntem Zustand erfolgreich durchgeführt. In diesem Fall aber sei das nicht möglich, da baulich sehr

tief in die Liegenschaft aus den 1960er-Jahren eingegriffen werden müsse und auch die Wohnungsgrundrisse und -größen verändert würden.

Die Mietparteien hätten aber eine Verlängerung der Kündigungsfrist von 3 auf 18 Monate sowie bei der Wohnungssuche gezielte Unterstützung erhalten. Mit Erfolg: Bereits nach wenigen Monaten habe fast die Hälfte der Mieter eine neue Lösung gefunden. Die Verbliebenen protestieren weiterhin unermüdlich gegen die Kündigungen.

## Es droht lange Verzögerung

Die verantwortliche Pensionskasse scheine ihre eigenen Mieter nicht zu kennen, spottet nun der Mieterverband in seiner Mitteilung. Erst jetzt habe die Pensionskasse das Versäumte erkannt und nun auch der letzten verbliebenen Mietpartei die Kündigung ins Haus geschickt. Weder Immobilien Basel-Stadt noch die Pensionskasse Basel-Stadt waren gestern Nachmittag für eine Stellungnahme zu erreichen.

Für den Basler Mieterverband ist klar: Mit der erst jetzt zugestellten Kündigung fange der Rechtsstreit um die Missbräuchlichkeit der Kündigung wieder bei Null an. Und: Eine gerichtliche Überprüfung könne «gut und gerne zwei Jahre dauern». Zudem bleibe laut Gesetz noch immer eine Erstreckung von bis zu vier Jahren. Damit könnten sich die geplanten Umbauarbeiten aus Sicht des Mieterverbands bis ins Jahr 2021 verschieben.

## «FCB 10 000»

# FCB verpasst angestrebtes Ziel nur um 1500 Mitglieder

10 000 Mitglieder - dieses Ziel rief die FCB-Führung vor einem Jahr aus. Mit Stürmerlegende Marco Streller nahm sich ein prominentes Gesicht der Sache an. Von etwas über 3000 konnte die Zahl der Mitglieder auf aktuell rund 8500 gesteigert werden, wie der FCB gestern bekannt gab. Allerdings könnte sich dies schon bald ändern, denn im Januar laufen gemäss der FCB-Kommu-

nikationsabteilung einige Mitgliedschaften ab.

Anlass zur Freude haben derweil die Familien: Der gestern veröffentlichte Spielplan für das erste dritte Quartal der Saison sieht deutlich mehr Sonntagsspiele vor. Start in die Rückrunde ist am 4. Februar zu Hause gegen den FC Lugano. Der Cupknaller gegen den FC Zürich findet am 2. März statt. (BZ)



NICOLE NARS-ZIMMER

HANDELSKAMMER

## Das sagt Buser zu Schneider

Am Mittwoch wurde eine Personalie bekannt, die auch Christoph Buser und die Wirtschaftskammer interessiert: Die Baselbieter CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter wird Mitte 2017 neue Präsidentin der Handelskammer beider Basel (HKBB). Wie Buser auf Nachfrage sagt, habe ihn die Wahl insofern überrascht, als es einen Bruch darstelle, keine klassische Unternehmer-Persönlichkeit gewählt zu haben. Er verstehe aber die Strategie, dass die HKBB damit das Netzwerk in Bundesbern verbessern wolle. «Ich bin gespannt, ob sie dadurch mehr für ihre Mitglieder herausholen kann.» Dass dies auch Auswirkungen auf die Wirtschaftskammer haben könnte, glaubt Buser nicht, da man selbst den Schwerpunkt bei den KMU setze, die HKBB hingegen bei der Industrie. Es sei keine Konkurrenz. Zu 95 Prozent verfolge man dieselben Interessen und nur zu 5 Prozent sei man sich nicht einig. Auf jeden Fall möchte sich Buser demnächst mit Schneider-Schneiter austauschen. (MN)

gegeneinander angetreten sind. Die politischen Gegner weisen auch genüsslich auf solche Auseinandersetzungen hin. Dabei ist doch klar: Flügelkämpfe gibt es auch in anderen Parteien. Schauen Sie nur, was aktuell in der SP Schweiz rund um die Wirtschaftspolitik läuft: Da wollen einige mal wieder das Privateigentum abschaffen, während die besonneneren Kräfte für einen realistischen Kurs plädieren. Selbstverständlich ist, dass in der FDP nun Gespräche geführt werden müssen. Dies geschieht aber parteiintern und nicht in der Öffentlichkeit (siehe Text rechts).

**Brisant war auch, dass sich mit Rolf Richterich ein Parteileitungsmitglied öffentlich für ein Nein zur Energieabgabe stark gemacht hat. Ist er als Fraktionschef noch tragbar?**

Auch das werden die internen Gespräche zeigen. Ich habe gelernt, dass eine Politik der Retourkutschen langfristig nicht zielführend ist.

**Stehen personelle Wechsel in der Parteileitung zur Debatte?**

Von solchen Diskussionen habe ich keine Kenntnis.

**Welche Rolle werden Sie in der FDP-internen Aufarbeitung der Probleme spielen?**

Ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, bei den erwähnten Diskussionen in der FDP nun eine aktive Rolle zu übernehmen. Ich bringe meine Meinung ein, wenn ich danach gefragt werde - mehr nicht. Die Medien unterstellen gerne, ich würde als Wirtschaftskammerdirektor in der Parteileitung Druck aufsetzen und den eisernen Besen schwingen. Das Gegenteil ist der Fall. Gerade wegen meiner Rolle als Verbandsdirektor halte ich mich in der Partei sehr zurück. Mein Fokus liegt auf der Wirtschaftskammer. Ich vertrete primär ihre Positionen.

# Unzufriedene FDPler sollen sich bei Frey melden

**Chropfleerete** Die 17 FDP-Landräte trafen sich zu einer zweistündigen Aussprache. Personelle Konsequenzen will Parteipräsidentin Christine Frey keine ziehen.

VON MICHAEL NITTAUS

Geht es nach Christine Frey, so bleibt in der FDP-Fraktion des Landrats alles beim Alten. «Es bestand intern kein tiefgreifendes Problem. Personelle Anpassungen sind nicht nötig», sagt die Parteipräsidentin und Landrätin auf Anfrage der bz. Sie betont aber auch, wie wichtig es war, dass sich die 17 Fraktionsmitglieder zusammen mit den beiden FDP-Regierungsrätinnen Sabine Pegoraro und Monica Gschwind am Mittwochnachmittag über zwei Stunden Zeit genommen haben, um sich auszusprechen.

Denn zu bereden gab es zweifelsohne viel. Zu gross waren die Spannungen, die sich rund um die Abstimmung zur Einführung einer Energieabgabe vom 27. November innerhalb der Partei aufgebaut hatten. Dass sich mehrere Parteimitglieder, darunter Fraktionschef Rolf Richter-

ich, Landrat Balz Stückelberger oder alt Regierungsrat Adrian Ballmer öffentlich gegen die zusätzliche Steuer stellten, obwohl der FDP-Parteitag mit grossem Mehr dafür gestimmt hatte, kam bei der Parteileitung um Frey gar nicht gut an.

Nach der Aussprache klingt es nun so: «Wir alle müssen unsere Lehren daraus ziehen. Es geht nicht um Schuldzuweisungen.» Richterich hätte eingesehen, dass er mit seinem Alternativvorschlag zur Energieabgabe zu spät gekommen sei. Auch wenn Frey sagt, dass Meinungsvielfalt die Stärke der Partei sei, ist für sie klar: «Ich muss als Präsidentin einfordern, dass wir am Tag X als ein Team auftreten und die Parole vertreten.» In der Fraktion werde man nun normal weiterarbeiten. «Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft. Ich glaube, alle fühlen sich jetzt wohl. Niemand wird ausgegrenzt», sagt Frey.

Unzufriedene sollen sich bei ihr melden. Bis jetzt hätte dies nämlich noch niemand getan. Kein Verständnis hat sie nach wie vor dafür, dass die Parteileitung und deren Verbindungen zur Wirtschaftskammer von Freisinnigen kritisiert werden. Frey: «Ich bin unabhängig und sicher keine Marionette der Wirtschaftskammer.»

## NACHRICHTEN

### VERKEHRSUNFALL Frau auf Zebrastreifen angefahren

Eine Fussgängerin ist am Donnerstagabend in Basel auf einem Zebrastreifen von einem Autofahrer angefahren und verletzt worden. Der Fahrzeuglenker fuhr weiter, ohne sich um die Verletzte zu kümmern. Zugetragen hat sich der Unfall um etwa 18.30 Uhr auf der Hochbergerstrasse in der Nähe der Bushaltestelle «Stückli». Der Autofahrer hatte der Fussgängerin zunächst den Vortritt gewährt, fuhr dann aber los, bevor die Frau die Schutzinsel in der Mitte der Strasse erreicht hatte, wie die Basler Polizei mitteilt. (SDA)

### BASLER MEDIEN «Tageswoche» baut fünf Stellen ab

Die Basler «Tageswoche» baut bis Ende März fünf Stellen ab. Grund ist eine Kürzung der Unterstützung durch die Stiftung für Medienvielfalt, die von Roche-Miterbin Beatrice Oeri finanziert wird. Nach fünf Jahren sei die Anschubfinanzierung beendet, gibt die «Tageswoche» bekannt. Die Stiftung wolle die Publikation künftig indes weiter mit einem festen Betrag unterstützen, was eine Weiterführung ermöglichen soll. Während bislang der grösste Teil der Ausgaben durch die Stiftung finanziert war, muss das Medienprojekt künftig den grössten Teil der Kosten selber decken. Es sei klar, dass sie in der heutigen Form nicht weiterzuführen sei. Eine

Stelle fällt im Verlag weg, deren drei in der Redaktion: zwei im Ressort Kultur, eine im Multimediabereich. Weiter wird eine Position in der Redaktionsassistenz nicht mehr besetzt. (SDA/BZ)

### LONZA Nach dem Taucher legt die Lonza-Aktie wieder zu

Der Kauf der US-Firma Capsugel für 5,5 Milliarden Dollar belastete diese Woche den Kurs der Lonza-Aktie. Das Basler Unternehmen braucht für diesen Kauf eine Kapitalerhöhung und muss sich zusätzlich verschulden. Gestern hat die Aktie wieder fünf Prozent zugelegt. Lonza-CEO Richard Ridinger sagte anlässlich der Übernahme und der ungnädigen Reaktion der Börse am Donnerstag, dass es oft vorkomme, dass bei Übernahmen die Aktienkurse unterschieden. Der Kurs lag gestern bei 170 Franken, das ist in etwa der Kurs vom Mittwoch. (BZ)

### GROSSKONTROLLE Fünf Autofahrer aus dem Verkehr gezogen

Schon seit Jahren intensiviert die Basler Polizei in der Vorweihnachtszeit ihre Kontrollen wegen Fahrens unter Alkoholeinfluss. Bei einer Grosskontrolle am Donnerstagabend wurden während zweier Stunden insgesamt rund 750 Fahrzeuge und ihre Lenker kontrolliert. Die Polizisten untersagten fünf Autofahrern vor Ort die Weiterfahrt, da diese unter Alkoholeinfluss standen. (BZ)